



«Wenn eine Frau scheitert, ist das sichtbarer, als wenn ein Mann scheitert»: Ruth Metzler über die tiefen Frauenanteil in Spitzenpositionen.

Bild: Michel Canonica (Appenzell, 3. März 2021)

# «Ich habe die Geduld nicht mehr»

Die ehemalige CVP-Bundesrätin unterstützt eine Volksinitiative der FDP Frauen, welche die Individualbesteuerung einführen will. Im Interview spricht sie über die Frauenquote, den Stand der Gleichstellung in der Schweiz und die Coronapolitik des Bundesrats.

Interview: Maja Briner, Christoph Bernet

**Manche ehemaligen Bundesräte äussern sich mehrmals jährlich in Interviews. Sie machen das nur selten. Weshalb?**

Ruth Metzler: Ich äussere mich zu Themen, zu denen ich einen sachlichen Bezug habe, etwa als Präsidentin von Switzerland Global Enterprise oder der Stiftung der Schweizergarde. Ich will nicht als Person im Mittelpunkt stehen und dem amtierenden Bundesrat besserwisserisch Ratschläge geben.

**Jetzt engagieren Sie sich aktiv für die Initiative der FDP Frauen für eine Individualbesteuerung. Was hat Sie dazu bewogen?**

Ich habe eine lange Geschichte mit der Familienbesteuerung. Als Regierungsrätin und Finanzdirektorin war ich vor 23 Jahren Mitglied einer Expertenkommission zum Thema. Wir vertieften drei Modelle, darunter die Individualbesteuerung. Ich bin immer für eine Änderung des heutigen Systems eingestanden, weil es Doppelverdiener-Ehepaare stark benachteiligt. Viele Kantone haben die steuerliche Heiratsstrafe beseitigt, aber der Bund hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Als die CVP-Initiative zur Heiratsstrafe abgelehnt wurde, war ich verärgert. Und noch verärgelter war ich, als auskam, dass der Bund im Abstimmungskampf falsche Zahlen verwendet hatte.

**Haben Sie Ihre Meinung zur Individualbesteuerung geändert?**

Nein. Ich war schon früher nicht dagegen, aber es war für mich nicht die einzige mögliche Lösung. Wäre die CVP-Initiative angenommen worden, hätte ich das auch begrüsst. Aber die Individualbesteuerung enthält Elemente, die im Sinne der Gleichstellung einen Schritt weitergehen. Sie ist die fairste Lösung.

**Die CVP kämpfte lange unter dem Schlagwort Familienpartei gegen die Heiratsstrafe. Jetzt unterstützen ihre alt Bundesrätin und weitere prominente Frauen aus der Partei mit der Individualbesteuerung einen Umsturz des Steuersystems.**

Die Individualbesteuerung ist kein Umsturz. Im Ausland ist sie teilweise schon jahrzehntelang Praxis. Und auch bei

uns wird jeder, der nicht – oder noch nicht – verheiratet ist, individuell besteuert. Dieses Modell ändert sich erst mit der Heirat. Individualbesteuerung bedeutet, dass anders als heute nicht mehr das Lebensmodell «Verheiratet und Alleinverdiener» eine bevorzugte Stellung hat: Der Trauschein soll bei der Besteuerung keine Rolle spielen. Mein Engagement für die Initiative richtet sich nicht gegen meine Partei. Ich habe aus Parteikreisen viele positive Reaktionen darauf erhalten – vor allem von Frauen aller Generationen.

**Geht es Ihnen vor allem um die Gleichstellung?**

Unbedingt! Es geht mir auch ein wenig darum, dass Frauen heute zum Anhängsel ihres Ehemannes werden, wenn die Steuererklärung ins Haus flattert. Das ist aber nur ein Nebenaspekt.

## Zur Person

Ruth Metzler (\*1964) studierte in Freiburg Rechtswissenschaften. 1996 wurde sie als erste Frau in die Regierung Appenzell-Innerrhodens, 1999 als jüngste Bundesrätin gewählt. Nach einer CVP-Wahlniederlage verlor sie 2003 ihren Sitz an Christoph Blocher. Danach war sie für Novartis tätig. Seit 2010 führt sie eine Beratungsfirma und sitzt in Verwaltungs- und Stiftungsräten.

Für verheiratete Zweitverdiener – meist sind es Frauen – lohnt es sich heute wegen der Steuern teilweise kaum, erwerbstätig zu sein oder das Pensum zu erhöhen. Ich bin überzeugt, dass wir dank der Individualbesteuerung mehr Frauen im Arbeitsmarkt hätten. Die Steuerbelastung ist dabei natürlich nur ein Element. Zentral ist auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Tagesschulen zum Beispiel sollten selbstverständlich sein.

**Wie steht es abgesehen von steuerlichen Fragen um die Gleichstellung in der Schweiz?**

Rechtlich stehen wir heute gut da. Was oft vergessen wird: Das neue Eherecht war ein grosser Schritt. Wenn man bedenkt, dass Christoph Blocher noch 1985 das Referendumskomitee anführte, weil das neue Eherecht die Bedürfnisse der Familie übergehe zu Gunsten der individuellen Bedürfnisse der Eheleute – unvorstellbar! Ein offenes Thema sind die Lohnunterschiede, wobei die Statistiken für mich nicht vollständig nachvollziehbar sind. Und, nicht zu Gunsten der Frauen: Die Angleichung des AHV-Alters ist längst fällig.

**Sind Sie bei einzelnen Aspekten der Gleichstellung überrascht, dass es nicht schneller vorwärtsgesht?**

Negativ überrascht mich, dass aktuell sechs Kantonsregierungen nur aus Männern bestehen. Das darf nicht sein. In den 1990er-Jahren entstand ein

Schub, unter anderem rund um meine Wahl. Der ist wieder abgeflacht. Auch in der Wirtschaft geht es zu langsam vorwärts. Gerade in Branchen mit vielen Frauen, erwarte ich, dass das auch in den Führungsfunktionen abgebildet ist. Davon sind wir weit entfernt.

**Sie galten als Vertreterin des wirtschaftsfreundlichen CVP-Flügels. Nun sind Sie für eine Frauenquote für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen. Das ist nicht besonders liberal.**

Liberal ist es vielleicht nicht, aber auch nicht wirtschaftsfeindlich! Wenn man davon ausgeht, dass gemischte Teams die besten Resultate bringen, dann ist es unverständlich, dass man nicht mehr für die Vielfalt tut. In der Schweiz kennen wir Quoten zudem schon lange, etwa für sprachliche Minderheiten. Ich war lange der Ansicht, es müsse ohne Quote funktionieren. Aber es geht seit Jahren nur sehr langsam vorwärts. Ich habe die Geduld nicht mehr.

**Sie sitzen als einzige Frau im neunköpfigen Verwaltungsrat von Swiss Medical Network SA. Stört Sie das? Ja, die Herren wissen das auch (lacht). Im Verwaltungsrat der zwei Tochtergesellschaften sind aber mehrere Frauen.**

**Rückblende: Als Sie 1991 nach Appenzell Innerrhoden zogen, durften die Frauen an der Landsge-**

**«Wir sind uns in Politik und Wirtschaft durchschnittliche Männer gewöhnt. Bei den Frauen besteht der Anspruch, alle müssten überdurchschnittlich sein.»**

**Ruth Metzler**  
alt CVP-Bundesrätin (1999–2003)



# Zivilstand soll keine Rolle spielen

Mit einer Volksinitiative wollen die FDP Frauen die Heiratsstrafe abschaffen.

Die FDP Frauen Schweiz haben am Montag ihre Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» lanciert. Sie verlangt, dass Personen künftig ungeachtet ihres Zivilstandes besteuert werden. Ob jemand alleinstehend, liiert, verheiratet, getrennt oder geschieden ist, soll laut dem Initiativtext keine Rolle mehr spielen. Ausschlaggebend soll alleine die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein. Im 27-köpfigen Initiativkomitee sitzen Vertreterinnen von Wirtschaft, Gesellschaft und mehrerer Parteien, darunter SP-Ständerätin Eva Herzog und die frühere CVP-Bundesrätin Ruth Metzler.

Die Individualbesteuerung sei kein Frauen-, sondern ein «gesellschaftliches und gesamtwirtschaftliches Thema», sagte die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz, Präsidentin der FDP Frauen. Es hapere weiterhin mit der tatsächlichen Gleichstellung in der Gesellschaft, ergänzte ihre Berner Parteikollegin Christa Markwalder. «Mit ein Grund dafür ist unser Steuersystem, welches das traditionelle Familienmodell der Ein-Ernährer-Familie steuer-

lich fördert und begünstigt.» Das sei aus gleichstellungspolitischer Sicht problematisch, sagte Ruth Metzler. Bekommen Ehepaare Kinder, seien es meistens die Frauen, die ihr Pensum reduzierten oder ganz aus dem Berufsleben ausscheiden.

## Ein Running Gag bei Bundesrat Ueli Maurer zu Hause

Bereits vor 37 Jahren hielt das Bundesgericht in einem Urteil fest, dass Ehepaare steuerlich nicht stärker belastet werden dürften als Konkubinatspaare. Die Heiratsstrafe wurde zum bundespolitischen Dauerbrenner, mehrere Reformanläufe scheiterten. Zuletzt wies das Parlament eine Vorlage an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, alternative Modelle vorzulegen, so auch die Individualbesteuerung. Wie lange das Geknorze um die Heiratsstrafe schon andauert, zeigt eine Anekdote von Finanzminister Ueli Maurer 2019: Die Vorlage untergrabe seine Autorität zu Hause, erzählte er im Parlament: «Es ist ein Running Gag, dass ich zu Hause gefragt werde, weshalb ich eigentlich

nach Bern gehe, wenn wir nicht einmal dieses Problem lösen könnten.»

Besonders turbulent waren die Ereignisse rund um die CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe. Diese wurde 2016 äusserst knapp abgelehnt. Im Nachhinein annullierte das Bundesgericht die Abstimmung jedoch, da der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein falsche Zahlen verwendet hatte: 80 000 Doppelverdienerehepaare seien es, hiess es damals. Später räumte der Bund Fehler ein – und korrigierte die Zahl auf rund 454 000 Ehepaare. Die CVP zog die Initiative nach einigem Hin und Her zurück, kündigte aber an, eine neue zu lancieren.

Ob dies tatsächlich geschieht, ist aktuell unklar: «Die Abschaffung der Heiratsstrafe, insbesondere auch in der AHV, bleibt ein zentrales Anliegen der Mitte.» Das Parteipräsidium diskutiert derzeit die Lancierung einer neuen Initiative. Wann der endgültige Entscheid gefällt wird, ist noch offen, heisst es auf dem Sekretariat der CVP-Nachfolgepartei Die Mitte auf Anfrage. (fhr/mjb/cbe)

## meinde erstmals mitstimmen. Fünf Jahre später wurden sie als erste Frau in die Regierung gewählt. Wie erlebten Sie diese Pionierrolle?

Die Wahl war ausserhalb des Kantons eine grössere Sensation als in Innerrhoden. Die Landsgemeinde hatte mich zuvor ja schon als Kantonsrichterin gewählt. Was ich als Regierungsrätin und später als Bundesrätin feststellte: Es bestand die Erwartung, dass Frauen sozialer politisieren als Männer. Tat man das nicht, hiess es: Die politisiert wie ein Mann. Als bürgerliche Frau erlebte ich viele Angriffe deswegen, gerade in der Asylpolitik. In den Gremien selbst änderte sich das Verhalten und die Sprache, als Frauen dazukamen – zumindest wurde mir das gesagt.

## Also keine Altherrenwitze mehr?

Genau. Da musste ich zu Beginn noch ab und zu eingreifen und sagen: Es sitzt übrigens auch eine Frau hier (*lacht*).

## 1999 wurden Sie als dritte Frau und erste CVP-Vertreterin in den Bundesrat gewählt. Wie lief die Eingewöhnung in den Bundesrat?

Im Gremium selbst verlief das problemlos. Mit SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss und mir sassens erstmals zwei Frauen in der Regierung. Wir verstanden uns gut, aber waren in vielerlei Hinsicht sehr unterschiedlich. Dadurch konnten wir viele Frauen vertreten. Eine Bundesrätin alleine kann nicht alle Frauen repräsentieren. Auch viele Jüngere fühlten sich durch mich erstmals vertreten; es herrschte Aufbruchsstimmung. In meinem Departement wurde darüber geredet, dass gestandene Herren eine so junge Frau als Chefin bekamen. Das war damals sehr aussergewöhnlich. Aber ich empfand das nie als Problem.

## Haben Sie das unterschwellig gespürt?

Nein. Aber über Umwege erfuhr ich von Bemerkungen wie: «Sie könnte ja meine Tochter sein.»

## Es heisst oft, Frauen müssten besser vorbereitet sein und Dossiers besser im Griff haben, um ernst genommen zu werden. Nehmen Sie das auch so wahr?

Ich hatte als Bundesrätin auch das Gefühl, ich müsste die Dossiers sehr gut kennen. Das hatte aber weniger mit meinem Geschlecht zu tun, sondern

mit meinem Alter. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, dass Frauen in Verwaltungsräten immer sehr gut vorbereitet sind. Manche Männer natürlich auch, aber nicht alle.

## Wie erlebten Sie 2003 Ihre Abwahl?

Die Abwahl hatte meines Erachtens nichts mit meinem Frausein zu tun, sondern mit der politischen Konstellation. Die SVP hatte erneut zugelegt und forderte einen zweiten Bundesratssitz. Schmerzhaft war vor allem, was vor der Wahl gelaufen ist, auch innerhalb meiner Fraktion. Ich weiss noch haargenau, wer mich brandschwarz angelogen hat – und wer mir dann jahrelang aus dem Weg ging. Gestört hat mich auch, wie linke Frauen, die mich nicht gewählt hatten, nachher aufschrieten, weil nur noch eine Frau im Bundesrat war. Aber ich habe das abgehakt. Wenn ich etwas nicht ändern kann, hadere ich nicht damit. Ich setze meine Energie für die Zukunft ein, wo ich etwas bewirken kann.

## Wie haben Sie den Frauenstreik 2019 und die darauffolgende «Frauenwahl» erlebt?

Den Frauenstreik erlebte ich aus der Ferne. Ich habe noch nie an einem Streik teilgenommen. Ich glaube, ich kann meinen Beitrag anders leisten. Wenn Frauen in politische Ämter gewählt werden, freut mich das – ebenso, wenn sie in der Wirtschaft ihren Weg machen. In der Politik und in der Wirtschaft sind wir uns durchschnittliche Männer gewohnt. Bei den Frauen hingegen besteht weiterhin der Anspruch,

dass alle überdurchschnittlich sein müssten.

## Weshalb?

Aus Vorsicht will man keine Fehler machen. Mein persönlicher Eindruck ist: Wenn eine Frau scheitert, ist das sichtbarer, als wenn ein Mann scheitert.

## Was bewerten Sie den Kurs des Bundesrats bei Corona? In Teilen des Parlament ist der Unmut gross.

Bei solchen Entscheiden kann man oft nicht zwischen zwei guten Optionen wählen, sondern zwischen zwei relativ schlechten. Im Grossen und Ganzen kann ich die Massnahmen nachvollziehen. Schwierig finde ich, dass im Kleinen nicht nachvollziehbare Entscheide gefällt wurden. Wenn man in Detailfragen an Glaubwürdigkeit einbüsst, schlägt das zurück aufs Ganze. Und die Kommunikation des Bundesrats scheint mir beim zweiten Lockdown schlechter. Man muss erklären, warum welche Entscheide getroffen werden – und warum gerade jetzt und nicht später. Das hat mir ab und zu gefehlt.

## Können Sie ein Beispiel für eine Detailfrage nennen?

Das Chaos um die Bäckereien im Dezember beispielsweise, als unklar war, ob sie am Sonntag öffnen dürfen. So etwas darf nicht sein.

## WWW.

Das Interview in vollständiger Länge lesen Sie online.



Ruth Metzler kurz nach ihrer Abwahl. Bild: Karl-Heinz Hug/Key (Bern, 10. Dezember 2003)

# Häusliche Gewalt: Parlament macht einige Schritte vorwärts

Der Ständerat will das Beratungsangebot ausbauen. Der Nationalrat will Opfer besser schützen – Bundesrätin Karin Keller-Sutter befürwortet das Anliegen.

Am Weltfrauentag stand auch das Thema der häuslichen Gewalt im Fokus des Parlaments. Jetzt sollen Betroffene von Gewalt schweizweit ein kostenloses 24-Stunden-Beratungsangebot erhalten. Am Montag hat der Ständerat eine Motion der Basler SP-Politikerin Eva Herzog stillschweigend angenommen. Herzogs Vorstoss war von sämtlichen Ständerätinnen unterzeichnet worden.

Bereits vor drei Jahren ist in der Schweiz die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Kraft getreten. Doch nach wie vor fehlen Angebote wie zum Beispiel eine 24-Stunden-Beratung oder die Unterstützung für marginalisierte Gewaltbetroffene, wie Simone Egger von der feministischen Organisation Terre des Femmes Schweiz sagt. Demnach seien die existierenden Beratungsangebote ungenügend, da sie meistens nur zu Bürozeiten erreichbar seien. Frauenhäuser seien zwar rund um die Uhr erreichbar, doch dies decke nicht alle Betroffenen und nicht alle Formen von Gewalt ab.

«Wenn eine Person am Wochenende vergewaltigt wird, braucht sie umgehend Unterstützung, und nicht erst am Montag um 9 Uhr», so Egger. Konkret müsse Beratung mündlich und schriftlich auf verschiedenen Kanälen in möglichst vielen Sprachen, für jedes Geschlecht und durch spezialisierte Fachpersonen angeboten werden.

## Rein koordinierende Rolle des Bundes reicht nicht

Der Bundesrat hatte zwar das Anliegen der Motion unterstützt. Doch die Zuständigkeit für die Errichtung eines solchen Beratungsangebots liege bei den Kantonen. «Da das Angebot schweizweit sein muss, sehe ich die Rolle des Bundes so, dass sie sich nicht darin erschöpft, das bestehende Angebot zu koordinieren, sondern auch bestehende Lücken zu füllen», sagt SP-Ständerätin Eva Herzog, die zusammen mit Tamara Funicello (SP/BE) und Susanne Vincenz (FDP/SG) die Motion einge-

reicht hat. Auch Vincenz verweist auf die Istanbul-Konvention, wonach der Bund in der Pflicht ist, eine kostenlose, landesweite und täglich rund um die Uhr erreichbare Beratung einzurichten.

Nicht nur im Ständerat war am Weltfrauentag die Gewalt gegen Frauen ein Thema. Am Montag reichte ein halbes Dutzend Nationalrätinnen eine parlamentarische Initiative ein, wonach die Behörden künftig die Täter aus der gemeinsamen Wohnung entfernen und nicht die Opfer ihr Heim verlassen müssen. Initiantinnen sind Jacqueline de Quattro (FDP, VD) und Léonore Porchet (Grüne, VD) sowie Min Li Marti (SP, ZH), Marianne Binder (Die Mitte, AG), Kathrin Bertschy (GLP, BE) und Céline Amaudruz (SVP, GE).

## Täter statt Opfer sollen das Heim verlassen müssen

«Während andere streiten, spannen wir parteiübergreifend zusammen am Weltfrauentag», sagt de Quattro. Vor ihrer Wahl in den Nationalrat leitete sie während 13 Jahren als Regierungsrätin das Waadtländer Sicherheitsdepartement. Bevor dieser Grundsatz in der Waadt zur gängigen Praxis wurde, brauchte es zwei Anläufe. «Dieses Thema ist ein Tabu», sagt de Quattro und weist darauf hin, dass von zwei Morden jeweils einer in den eigenen vier Wänden passiere.

Gemäss der Initiative müssen sich die Täter zum Schutz der Opfer für eine bestimmte Zeit von zu Hause fernhalten. Gemäss de Quattro gebe es im Kanton Waadt mit dieser Regelung zehnmal mehr Ausweisungen von Tätern als von Opfern. Auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter unterstützt die Initiative. Bereits 2003 machte sie sich als St. Galler Justizdirektorin stark für das Prinzip «Wer schlägt, geht». Sie sagt: «Für mich ist das Thema nicht neu.» Sie habe schon als Polizeidirektorin im Kanton St. Gallen dieses Prinzip durchgesetzt: dass Täter aus der Wohnung wegweisen werden und nicht die Opfer. «St. Gallen war hier Pionier.»

Nina Fargahi

# 350 Millionen Franken für Veranstalter

Nationalrat will die Eventbranche unterstützen.

Für Veranstalter von Festivals oder Messen ist die aktuelle Situation von grosser Unsicherheit geprägt. Da unklar ist, wie sich die Coronapandemie bis zum Sommer entwickelt, scheuen viele davor zurück, grössere Veranstaltungen aufzulegen. Verschiedene Verbände forderten deshalb eine Absicherung durch den Bund. Dieser Forderung will der Nationalrat jetzt nachkommen. Er hat gestern mit 132 zu 55 Stimmen bei sechs Enthaltungen einer Aus-

fallentschädigung für Veranstaltungen, Messen oder Gewerbeausstellungen zugestimmt. Die Veranstalter sollen entschädigt werden, wenn ein Event abgesagt, eingeschränkt oder verschoben wird. Der Bund soll dafür dieses Jahr maximal 350 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Wie bereits der Ständerat hat sich zudem auch der Nationalrat mit 96 zu 93 Stimmen bei vier Enthaltungen knapp gegen mehr Sonntagsverkäufe ausgesprochen. (agl.)